

Brief aus Berlin



Die Bundesregierung muss in der Realität ankommen

Im Journalismus gibt es die weit verbreitete Faustregel, einer neu gewählten Regierung 100 Tage Zeit zu geben, um sich komplett in die Regierungsarbeit einzufinden. Erst im Anschluss werden die ersten Zwischenbilanzen gezogen und umfassende Kritiken verfasst. Diese Frist ist am 20. März abgelaufen. Wir haben gesehen, dass die Ampelregierung bereits lange vor diesem Tag in den Fokus der Kritik geraten ist.

Objektiv betrachtet muss man ihnen eines zugestehen: Innerhalb kurzer Zeit haben sich die äußeren Umstände erheblich verändert. Schwere Konflikte sind entstanden, deren Folgen und Probleme jetzt zeitgleich gelöst werden müssen.

Jedoch verbessert die schwierige Situation nicht das Bild, welches die Regierung derzeit abgibt. Die Bürgerinnen und Bürger verlangen inmitten der Krise zurecht nach mehr Antworten, nach einer Perspektive und einer klaren Führung.

Die Bundesregierung lässt all dies bislang vermissen. Das wurde vor allem nach der eindrucksvollen Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj deutlich, die live in das Plenum des Deutschen Bundestages übertragen wurde. Im direkten Anschluss gab es keinerlei Reaktion: Weder eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers, noch eine dazugehörige Debatte im Plenum. Wir als Unionsfraktion haben im Vorfeld eine Aussprache beantragt, die sich an die Rede Selenskyjs anschließen soll. Dieser Vorschlag wurde von den Koalitionsfraktionen abgewiesen. Stattdessen ist man nach dem Hilferuf eines Präsidenten aus der Kriegsregion direkt zur Tagesordnung übergegangen. Das halte ich für sehr unangemessen und respektlos.

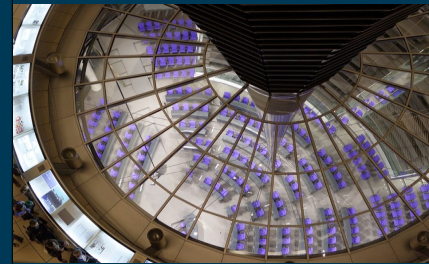
In den beiden Sitzungswochen haben wir uns mit weiteren Themen beschäftigt, die im Zuge des Krieges in der Ukraine drängender denn je geworden sind: Die Versorgung der geflüchteten Menschen aus der Ukraine, die Gewährleistung der Energiesicherheit in Deutschland, der Umgang mit der Inflationsrate und den steigenden Preisen, die Beratung über ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und vieles mehr.

Durchaus erfreulich ist die große Hilfsbereitschaft, die die ankommenden Ukrainer von den Bürgerinnen und Bürgern aus unserer Region erhalten. Viele wollen sich freiwillig engagieren und mich erreichten einige Fragen, wie man als Bürger am besten helfen kann. Aus diesem Grund habe ich das Thema in meine Gesprächsreihe „Rainers Runde“ aufgenommen. Zusammen mit Gerda Hasselfeldt als Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes habe ich einen digitalen Austausch zum Thema „Krieg in der Ukraine — wie helfen?“ organisiert.

Diese Woche:

Seite 2:

Themen im Bundestag



Seite 3:

Förderungen



Seite 4/5:

Rainer trifft...





Themen im Bundestag

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022

Im Mittelpunkt der Plenarwoche stand der der Bundeshaushaltsplan, den wir in erster Lesung beraten haben.

Nach dem Entwurf soll der Bund im Jahr 2022 mit einer Neuverschuldung von 99,7 Mrd. Euro auskommen, ab 2023 soll die Normalregelung der Schuldenbremse wieder eingehalten werden. Erhebliche Kürzungen bei Zins- sowie Gewährleistungsausgaben und Arbeitsmarktausgaben, die Auflösung von Vorsorgen bzw. der allgemeinen Rücklage und zusätzliche Steuereinnahmen werden bemüht, um die Zahlenfassade aufrecht zu erhalten.



© Foto: picture alliance / Zoonar | Wolfgang Filser

Der Mittelstand und das Handwerk, die die Energiewende umsetzen sollen, müssen sogar mit mehreren Millionen Euro Kürzungen leben. Die Ampel will verbal zwar Innovationen fördern, doch ausgerechnet die Forschungsförderung für den Mittelstand wird gekürzt. Auch auf drängende Fragen wie die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der aktuellen Russland-Ukraine-Krise gibt der Haushalt keine Antwort: Der Beihilferahmen steht, doch offen bleibt weiterhin, wie viel Geld und für was genau die Ampel für die von ihr angekündigten Unterstützungsmaßnahmen bereitstellen will.

Debatte über die Impfpflicht

Am 17. März 2022 ist über mehrere Gesetzesentwürfe und Anträge der Fraktionen im Deutschen Bundestag beraten worden.

Zum Thema Impfpflicht wurden zwei Entwürfe und ein Antrag aus den Reihen der Regierungsfractionen vorgebracht, die gegensätzlicher nicht sein könnten: Der erste Entwurf befürwortet die allgemeine Impfpflicht, der zweite nur zum Teil und ein weiterer Antrag lehnt sie komplett ab. Es ist bemerkenswert, dass innerhalb der Regierungsfractionen auch heute noch keine Einigung in Form eines gemeinsamen Gesetzesentwurfs erzielt werden konnte.

Die Unionsfraktion hat mit ihrem Antrag für ein Impfvorsorgegesetz einen Kompromiss vorgeschlagen, der jetzt notwendig ist.

Am Donnerstag, 7. April 2022 wird der Deutsche Bundestag über verschiedene Initiativen zum Thema Corona-Impfpflicht nach einer Debatte entscheiden. Man kann davon ausgehen, dass es mehrere namentliche Abstimmungen geben wird.

Energie- und Versorgungssicherheit

Die Union hat bereits im Februar auf das eingetretene Szenario aufmerksam gemacht in einem Antrag. Diesen hat die Bundesregierung abgelehnt. Konkret haben wir darin gefordert, die Mehrwertsteuer auf den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent zu senken, die Energiesteuer auf den unionsrechtlich zulässigen Mindeststeuersatz herabzusetzen und drittens fordern wir die Begrenzung der Stromsteuer in einem weiteren Schritt von derzeit 20,5 Euro/MWh auf den unionsrechtlich zulässigen Mindeststeuersatz von 1 Euro/MWh bei nichtgewerblicher Nutzung und 0,5 Euro/MWh bei gewerblicher Nutzung. Mit unserem Antrag im Deutschen Bundestag "Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen" haben wir auf das Problem frühzeitig aufmerksam gemacht und Lösungswege aufgezeigt. Die Debatte vom 18. Februar ist unter folgendem Link einsehbar: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw07-de-explosion-energiepreise-880796>.



© Foto: picture-alliance / Sven Simon | Frank HoermannSVEN SIMON

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bundesregierung noch keinen Lösungsweg für das derzeitige Problem. Das von der Ampel vorgelegte Entlastungspaket aus der vergangenen Woche ist ein kunterbuntes diffiziles Gemisch ohne Langzeitwirkung für Verbraucher.

In einer weiteren Sitzungswoche im März berieten wir erneut einen Antrag zur sicheren und bezahlbaren Energieversorgung der Unionsfraktion im Plenum. Dieser wurde nur aufgrund politischer Machtspielchen der Regierung nicht angenommen. Die Bundesregierung hat immer noch nicht erkannt, dass es um die Existenz vieler Menschen in unserem Land geht. Wir haben erneut klar gefordert, die Kraftstoffpreise um mindestens 40 Cent zu senken, die Gasversorgung sicherzustellen sowie ein neues Sicherheitskonzept vorzulegen.

Es muss möglich sein, die Energiepreisbremse aus einem Guss für alle durchzusetzen, die finanzielle Erleichterung bei Energiekosten dringend nötig haben - vor allem auch Rentner, Studenten und Familien. Unserem Vorschlag einer Spritpreisbremse folgt die Bundesregierung. Vorübergehend bringt eine Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe auch Entlastung. Zielgerichteter für Unternehmen und Pendler wäre aber eine Senkung der Umsatzsteuer auf Benzin und Heizkosten. Nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist ein befristet vergünstigtes Monatsticket im ÖPNV. Abgespeist werden Familien mit einem Einmalbonus. Familienpolitik ist wichtig und braucht eine langfristige Strategie, damit Familien bei den extrem gestiegenen Preisen über die Runden kommen.

Deutscher Kita-Preis 2023: Bewerbungsphase



Beim Deutschen Kita-Preis werden Kitas und lokale Bündnisse gewürdigt, die sich kontinuierlich für gute Qualität in der frühen Bildung engagieren und dabei das Kind in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Zudem

spielen Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern sowie die Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort bei der Auswahl der Preisträger eine wichtige Rolle.

Die Kitas können von jedem vorgeschlagen werden: ob Eltern, Nachbarn, andere Verwandte oder Menschen, die engen Bezug zu den Einrichtungen haben – sie alle können ihre favorisierte Kita für den Preis unter folgendem Link vorschlagen: <https://www.deutscher-kita-preis.de/zur-empfehlung>. Die Auszeichnung wird in den Kategorien „Kita des Jahres“ und „Lokales Bündnis für frühe Bildung des Jahres“ verliehen. Für die beiden Erstplatzierten jeder Kategorie gibt es jeweils 25.000 Euro Preisgeld, für jeweils vier weitere Preisträger 10.000 Euro. Insgesamt ist der Deutsche Kita-Preis mit 130.000 Euro dotiert.

Fragen zum Bewerbungsverfahren werden unter www.deutscher-kita-preis.de/faq beantwortet. Zudem steht das Team des Deutschen Kita-Preises unter kontakt@deutscher-kita-preis.de oder unter 030 40 36 45 400 (montags 14 - 16 Uhr und mittwochs 10 - 12:30 Uhr) für Fragen zur Verfügung.

Es ist eine großartige Sache, die Kitas für ihr Engagement mit diesem Vorschlag zur Bewerbung für ihren täglichen Einsatz für unsere Jüngsten zu danken und in ihrer Arbeit zu bestätigen. Eine Kita vorzuschlagen funktioniert unkompliziert. Und ich denke, nach zwei Jahren Pandemie haben die Erzieherinnen und Erzieher der Einrichtungen alle Höhen und Tiefen miterlebt und waren vielen Familien in dieser besonderen Zeit eine große Stütze. Dies kann mit diesem Preis honoriert werden und ich würde mich freuen, wenn auch die Eltern oder andere Empfehlende in unserem Landkreis über das Portal ihre Top Kita des Jahres 2023 für den Preis vorschlagen.

Hilfe für Kinder aus der Ukraine: Spendenkampagne des Metzger- handwerks Bayern



Bildquelle: Metzgerhandwerk Bayern e.V.

Anfang März rief der Bayerische Fleischerverband zusammen mit mir als Schirmherrn die Spendenaktion zur Evakuierung und Unterbringung von Kindern aus dem Kriegsgebiet ins Leben.

Die Solidarität meiner Metzgerkollegen in ganz Bayern war enorm groß, sodass der Geschäftsführer des Metzgerhandwerk Bayern e.V. Lars Bubnick und ich am Sonntag 35.000 Euro an Stephan Biermann vom SOS-Kinderdorf übergeben konnten.

Die gesammelten Spenden sollen helfen, den zügigen Transport von Kindern aus Kriegsgebieten zu organisieren, Unterkünfte zur Verfügung zu stellen und psychologische Betreuung für traumatisierte Kinder und Jugendliche anzubieten. Darüber hinaus arbeitet der Bayerische Fleischerverband mit dem SOS Kinderdorf e.V. daran, genügend Lebensmittel, Kleidung, Hygieneartikel und Spielzeug zu beschaffen, um die Kinder bestmöglich zu versorgen.

Ein großer Dank geht an die zahlreichen Metzgerkolleginnen und -kollegen, die fleißig gespendet haben und darüber hinaus eine großartige Hilfe leisten in dieser schwierigen Zeit. Ebenfalls möchte ich Lars Bubnick für seinen tollen Einsatz und die Organisation danken. Ohne ihn wäre diese Aktion nicht zustande gekommen.



Rainer trifft...

(Anmerkung: Alle Gespräch fanden unter Einhaltung der 3G-Regeln statt.)

... den neuen Präsidenten der Bundesbank



In der ersten März-Sitzungswoche war Dr. Joachim Nagel zum geldpolitischen Dialog bei uns im Finanzausschuss zu Gast. Er ging auf die Fragen der Abgeordneten ein, die vor allem auf Auswirkungen der Sanktionen gegenüber Russland, die deutsche Wirtschaft, die Energieversorgung und das Bankensystem gerichtet waren. Auch der Bundesbankpräsident ist der Auffassung, dass die Lage sehr dynamisch sei und fortlaufend beobachtet werden muss.

... Vertreter des Deutschen Steuerberaterverbandes



Im Gespräch mit dem Deutschen Steuerberaterverband haben mir Präsident Torsten Lüth und Geschäftsführerin Sylvia Mein über die Themen berichtet, die bei den Steuerberatern und ihren Mandaten besonders relevant sind. Dazu zählen unter anderem die Fristenverlängerungen für Steuererklärungen, die Verzinsung, die Grundsteuer und die coronabedingten Belastungen.

... Vertreter der Commerzbank



Ebenfalls lernte ich den Beauftragten des Vorstands der Commerzbank und Leiter Public Affairs Heiner Herkenhoff sowie Birgit Neff, Leiterin des Verbindungsbüros Berlin in diesem Monat kennen. Neben einem Austausch zur aktuellen politischen Lage unterhielten wir uns über die Situation bei den Banken, die Auswirkung der Inflation und des Krieges in der Ukraine sowie Themen, mit denen sich die beiden in der Commerzbank derzeit beschäftig-

... Vertreter der R&V Versicherung und des BVR



Am 21. März traf ich Claudia Andersch und Stefan Huhn von den R&V Versicherungen zusammen mit Mirian Fabian Breuer vom Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. Sie beschäftigen sich derzeit vor allem mit Fragen der Altersvorsorge und der Restschuldversicherung. Insbesondere eine zuverlässige und ausreichende Altersvorsorge ist eine der großen offenen Fragen und Herausforderungen unserer Zeit. Daher sprachen wir über verschiedene Vorsorgemodelle.



Rainer trifft...

(Anmerkung: Alle Gespräch fanden unter Einhaltung der 3G-Regeln statt.)

... die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes beim digitalen Stammtisch

Zusammen mit der DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt habe ich eine digitale Gesprächsrunde zum Thema „Krieg in der Ukraine—wie können wir helfen?“ organisiert. Interessierte Bürgerinnen und Bürger konnten sich im Vorfeld anmelden und Fragen einreichen. Das Thema ist auf Wiederklang gestoßen: Rund 30 Teilnehmer haben sich zugeschaltet, Fragen gestellt und mitdiskutiert.



Seit Beginn des Krieges in der Ukraine fahren viele Deutsche in spontan organisierten Aktionen zur polnisch-ukrainischen Grenze um dort Hilfsgüter wie Lebensmittel, Kleidung und Medikamente abzugeben und auf dem Rückweg Menschen mit nach Deutschland zu bringen. Viele nehmen auch Leute in ihren Wohnungen auf.

Gerda berichtete über die Arbeit der ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer des DRK in Deutschland und der Ukraine sowie über die enge Zusammenarbeit mit dem Ukrainischen Roten Kreuz und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz. Darüber hinaus sprachen wir über die in kürzester Zeit errichteten Notunterkünfte in Berlin Tegel und die anschließende Verteilung der Geflüchteten von Berlin aus in andere Bundesländer. Über ihre Erfahrungen und Herausforderungen bei der Integration der teils traumatisierten Menschen aus der Ukraine in den Kommunen berichteten die Bürgermeisterin Angelika Leitermann aus Arnbruck und Bürgermeister Michael Enggram aus Langdorf. Beide wollen die Menschen in ihre Gemeinden schnell integrieren und ihnen helfen, Sprachbarrieren zu reduzieren, sie in Schulen, Kitas und Arbeitsstellen zu integrieren. Danke für den vielfältigen Austausch.



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
 Deutscher Bundestag
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Telefon: 030 / 227 77420
 E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
 Schulstraße 1
 94353 Haibach
 Telefon: 09963 / 943 9494
 E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de